

Ziel der Konferenz war insbesondere, chinesische und deutsche Unternehmen als mögliche Partner zusammenzubringen: Aufgrund der geringen Transparenz des chinesischen Marktes und der Eigentums- und Vermögensverhältnisse in chinesischen Unternehmen ist die Auswahl eines Geschäftspartners für deutsche Unternehmen besonders schwierig.

Daß mittelständische deutsche Unternehmen in China durchaus eine Chance haben, darauf wies u.a. Klaus Grimm, Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Shanghai, während der Konferenz hin. Einer Studie der IHK Shanghai zufolge hätten 170 bis 190 mittelständische Unternehmen eigene oder Joint Venture-Unternehmen in China gegründet und benötigten im Durchschnitt lediglich 2,3 Jahre zur Erreichung der Gewinnzone. Für die meisten Unternehmen sei die bessere Marktdurchdringung Hauptgrund für Investitionen in China sowie die Annahme, daß China zukünftig ein wichtiger Produktionsstandort für den südostasiatischen Raum wird. Der überwiegende Teil der Unternehmen (92%) habe der Studie zufolge auch nach längerer Präsenz in China den Gewinn wieder reinvestiert.

Um die Präsenz der deutschen Wirtschaft in Beijing zu stärken, soll demnächst ein Deutsches Industrie- und Handelszentrum (DIHZ) entstehen. Die Südwestdeutsche Landesbank sowie der Deutsche Industrie- und Handelstag wollen hierbei eng kooperieren. Weiterhin soll ein Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Beijing aufgebaut werden. In Shanghai besteht ein solches Büro bereits mit rd. 30 Mitarbeitern, ein weiteres Delegiertenbüro in Guangzhou soll noch im September seine Tätigkeit aufnehmen. (SZ, 3.9.96; HB, 3.9. und 4.9.96; NfA, 11.9.96) -schü-

Binnenwirtschaft

*(18)

Weltbank: Größere Armut in China angenommen

In dem neuesten Bericht der Weltbank ("Poverty in China; what do the numbers say?") kommt die Bank zu einer veränderten Einschätzung über das Ausmaß der Armut in China. Während

die Weltbank bisher die Armut in China bzw. die Zahl armer Menschen mit dem Maßstab von 0,6 US\$ tägliches Pro-Kopf-Einkommen definiert hat, geht sie in ihrem letzten Bericht von einer Armutsgrenze von 1 US\$ aus. Dieser letztgenannte Maßstab wird allgemein im internationalen Vergleich von Armut den Berechnungen zugrundegelegt. Mit der Veränderung der Einkommenshöhe pro Tag hat sich automatisch die Zahl der als arm definierten Menschen in China beträchtlich erhöht. Anstelle der ursprünglich mit unter 100 Mio. angenommenen Zahl armer Menschen stieg ihre Anzahl auf rd. 350 Mio. bzw. auf rd. ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Die meisten der von der Weltbank nun als "absolut arm" bezeichneten Menschen leben in abgelegenen und ressourcenarmen ländlichen Gebieten, insbesondere in den Hochlandregionen von Zentral- und Westchina.

Aus der Sicht der Weltbank hat sich nur der Bewertungsmaßstab verändert, nicht jedoch die grundsätzlich positive Bewertung der Armutspolitik bzw. -entwicklung. Sowohl in ihrer Untersuchung zur Armutsbekämpfung in China aus dem Jahre 1992 als auch in ihrem neuesten Bericht weist die Bank auf einen "bemerkenswerten Rückgang der Armut" in den Anfangsjahren der Reform hin. Nach einer kurzen Phase, in der keine Fortschritte bei der Armutsbekämpfung gemacht worden seien, könne man seit 1991 bzw. 1992 wieder von Erfolgen hinsichtlich der Reduzierung von Armut sprechen.

Während der Weltbankbericht zur Armut von 1992 auf Einkommensdaten aus Haushaltsuntersuchungen basiert, mißt der neue Bericht die Armut mit Hilfe des Konsumniveaus in den Haushalten. Begründet wird die Wahl des Konsumniveaus damit, daß über den Konsum als Wohlfahrtsindikator die Fähigkeit der Haushalte besser gemessen werden kann, "Ersparnisse und Kredite als Puffer gegen Einkommenschwankungen" einzusetzen.

Die Weltbank hat gleichzeitig eine Korrektur der bisherigen Schätzungen über das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt, gemessen in Kaufkraftparität, das eine Anpassung hinsichtlich der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in verschiedenen Ländern durchführt, vorgenommen. Noch im 1996er Bericht der Weltbank, dem *World Development Report*, wird das Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparität mit rd. 2.500 US\$ für 1994

angegeben; im neuen Bericht dagegen beträgt dieser Wert lediglich 1.800 US\$.

Mit der veränderten Schätzung zum Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparität verändert sich selbstverständlich auch die Größe der chinesischen Volkswirtschaft, die vom damaligen Chef-Ökonom der Bank, Lawrence Summers, 1992 als "greater than that of Germany or Japan" bezeichnet worden war. Unter Fortschreibung der Wachstumsraten der USA und Chinas kam Summers zu dem Schluß, daß Chinas Gesamtoutput in elf Jahren größer als der US-amerikanische Output sein werde. Diese Einschätzung wurde von einer Reihe von China-Experten wie beispielsweise von William Overholt (Buch: *Gigant der Zukunft. Chinas Wirtschaft vor dem Großen Sprung*) sowie von der Zeitschrift *The Economist* als Grundlage für umfangreiche Darstellungen herangezogen. Auf der Grundlage der neueren Berechnungen zur Kaufkraftparität wird der Aufstieg Chinas zur größten Volkswirtschaft mindestens (bei gleichbleibenden Wachstumsraten) 20 Jahre länger dauern.

Das Konzept der Kaufkraftparität wird inzwischen auch vom *Economist* zur Messung der Größe einer Volkswirtschaft in Frage gestellt. Hierdurch lasse sich zwar die relative Armut messen, da gezeigt werden kann, daß mit einigen hundert Dollar Einkommen durchaus ein akzeptabler Lebensstandard in China erreichbar sei. Die Kaufkraftparität sei als Konzept jedoch nicht geeignet, wenn es um den Kauf westlicher Konsumgüter oder von Unternehmen gehe, sondern das Einkommensniveau auf der Basis des US-Dollar-Wechselkurses sei entscheidend für die ausländischen Unternehmen.

Die Extrapolation des BIP auf der Basis der Kaufkraftparität sei ebenfalls irreführend, da mit der weiteren außenwirtschaftlichen Integration zwangsläufig eine Annäherung der Unterschiede zwischen dem BIP, gemessen in US\$-Wechselkurs und in Kaufkraftparität, eintreten werde. Wird nur der offizielle Wechselkurs benutzt, geht der Leiter des Weltbankbüros in Beijing, Pieter Bottelier, in einer Schätzung davon aus, daß die chinesische Wirtschaft eine Größe von 10% der US-Volkswirtschaft aufweist und vielleicht 40 Jahre brauche, um vergleichbar groß wie die amerikanische Volkswirtschaft zu werden.

Kommentare zur Neueinschätzung der Armut in China durch die Weltbank weisen auf die vielfältigen Folgen der oftmals als Richtlinie für politische Entscheidungen herangezogenen Weltbankdaten. So wird vermutet, daß China die Daten über die weitaus größere Armut als Beleg für den Status "Entwicklungsland" benutzen könnte, wenn es um den Beitritt zum GATT bzw. zur WTO geht. Auch auf den Zugang zu günstigen Entwicklungskrediten durch die Weltbank (IDA-Kredite) wird die Frage, wie groß Chinas Wohlstand bzw. die Armut tatsächlich ist, Einfluß haben. (AWSJ, 27./28.9.96; IHT, 26.9.96; "How poor is China?", in: *The Economist*, 12.10.96, S. 67-69)-schü-

*(19)

Krise der Staatsindustrie kostet immer mehr Arbeitsplätze

Im 1.Halbjahr haben mehr als zwei Millionen Arbeitskräfte im Industriesektor ihren Arbeitsplatz verloren. Als Ursache nennt die *Business Weekly* hierfür die Umstrukturierung der Unternehmen sowie die Verzögerung von Bau- und Investitionsprojekten als Folge der restriktiven Kreditpolitik.

Die gesamte Industriearbeiterschaft wird Ende Juni d.J. mit 146,9 Mio. Personen angegeben, ein Rückgang um 2,17 Mio. gegenüber Ende 1995. Mit 1,14 Mio. Freisetzungen waren die Staatsunternehmen an den Entlassungen am stärksten beteiligt, aber auch kollektive Unternehmen kürzten 802.000 Arbeitsplätze. Zu den Branchen, in denen die meisten Arbeitskräfte entlassen wurden, zählen die verarbeitende Industrie (639.000 Entlassungen), Bergbau und Erdölförderung (218.000) sowie der Bausektor (27.000).

Das tatsächliche Ausmaß der Entlassungen wäre jedoch wesentlich größer, wenn in die obigen Daten auch die Zahl derjenigen Arbeitskräfte einbezogen würde, die nur noch einen Teil oder überhaupt keine Löhne mehr ausbezahlt bekommen, jedoch nicht formal entlassen worden sind. (SCMP, 9.9.96)

In den alten Industriestandorten Nordostchinas, deren Schwerindustrie unter besonders großen Anpassungsproblemen leidet, ist es bereits zu Entlassungswellen gekommen. In der Provinz Liaoning beispielsweise ist auch offiziell die Arbeitslosenquote im 1.Halbjahr mit 3,6% deutlich höher als die landes-

weit mit durchschnittlich 2,9% ausgewiesene Quote. Offiziellen Schätzungen nach wird die Zahl der überschüssigen industriellen Arbeitskräfte mit mehr als 1,4 Mio. Personen angegeben. Die Gesamtbeschäftigung im Industriesektor beläuft sich auf 8,53 Mio. Arbeitskräfte. (XNA, 5.9.96)

Wie dramatisch die Situation in der Provinzhauptstadt Liaonings, Shenyang, sein soll, zeigt ein Bericht in der Zeitschrift *Zhongguo Zuojia*. Nach Angaben in der Hongkonger Zeitung *Xingdao Ribao* vom 7.10.96 wurden die Auflage von über 100.000 Stück der No.3 der festlandchinesischen Zeitschrift *Zhongguo Zuojia* aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung zur Lage der Staatsunternehmen und der Arbeiter in Shenyang von der Propagandaabteilung der KPCh eingezogen und eingestampft.

Die Zeitschrift soll in einem langen Artikel darüber berichtet haben, daß nach konservativen Schätzungen 300.000 Arbeitskräfte in Shenyang arbeitslos geworden sind. Von der Gesamtzahl seien 40.000 Arbeitslose mit einem Lohnausgleich von monatlich 85 Yuan nach Hause geschickt worden. Dieses Geld (umgerechnet DM 15,-) reiche noch nicht einmal, um die Ernährung mit Reissuppe und Salzgemüse zu sichern (i.d.R. das Frühstück).

In dem Artikel wird angeblich berichtet, daß bei der Reform der Staatsunternehmen keine Fortschritte gemacht wurden, da die politisch Verantwortlichen zögerten, eine Entscheidung zu treffen. In den letzten zwei Jahren habe es lediglich 'Bluttransfusionen' gegeben, um die Staatsunternehmen künstlich am Leben zu erhalten. Mehr als 800 Mrd. Yuan an Krediten (diese Zahl scheint für Gesamtchina zu gelten) seien an die Staatsbetriebe geflossen, doch seien die Unternehmen 'wie ein Faß ohne Boden'.

Weiterhin bezieht sich der Artikel auf eine Untersuchung der verschiedenen Abteilungen des Staatsrates aus dem Jahre 1995, die in staats- und kollektiveigenen Unternehmen in neun Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten unter Einschluß der nordostchinesischen Provinzen durchgeführt worden sei. Diesem Bericht nach hätten mehr als 10.000 Unternehmen mit 2,12 Mio. Beschäftigten entweder Konkurs angemeldet oder ihre Produktion ganz oder teilweise eingestellt. In den Provinzen Heilongjiang und Jilin seien Löhne in

einem Umfang von 3,5 Mrd. Yuan entweder teilweise oder überhaupt nicht an die Arbeitskräfte ausgezahlt worden. (SWB, FE/D2738/CNS 9.10.96)

Wie kritisch die Situation der Staatsbetriebe landesweit ist, machen folgende offizielle Daten deutlich, die in der *South China Morning Post* vom 25.8.96 aufgeführt werden. Die gesamte Zahl der staatseigenen Unternehmen, die Verluste machen, wird mit 70% (!) angegeben. Im letzten Jahren beliefen sich die Verluste der Unternehmen auf 88 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 34% gegenüber 1994. Unternehmen, die Gewinne machten, sahen ihre Gewinne in den ersten vier Monaten d.J. um die Hälfte gegenüber der Vergleichsperiode 1995 zurückgehen. Dagegen stiegen die Verluste der Unternehmen, die rote Zahlen schreiben, um 47%.

Die staatseigenen Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten könnten oftmals ihren Beschäftigten keine Löhne zahlen. Hierdurch seien soziale Unruhen bei den Arbeitern verursacht worden, die entlassen oder deren Lohnzahlungen verschoben worden seien.

Nach Einschätzung von Cao Siyuan, der zum Expertenkreis für die Ausarbeitung des Konkursgesetzes zählt, wird demnächst mit einer Welle von Konkursen - und wohl auch mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit - gerechnet werden müssen. Die Umsetzung des Konkursgesetzes, das 1986 vom NVK verabschiedet worden war, ist Cao zufolge genauso schwierig wie seine Entstehung. Erst in den 90er Jahren wurde Konkursverfahren in größerer Zahl eingeleitet, wie die folgende Tabelle zeigt:

Unternehmenskonkurse	
Jahr	Anzahl
1990	32
1991	117
1992	428
1993	710
1994	1.625
1995	2.200
1996	5.000*

*Schätzung

Quelle: SWB FE/D 2744/CNS, 16.10.96

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Integration zwischen dem Festland und Hongkong, Macau und Taiwan sowie anderen Ländern rechnet Cao damit,

daß noch mehr Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen, jedoch auch Konkursfälle eintreten werden. (SWB FE/D 2744/CNS, 16.10.96) -schü-

*(20)

Mehr Konsumenten interessieren sich für Wohnungseigentum

Chinesische Experten gehen davon aus, daß Wohnungseigentum und Fahrzeuge im Zentrum der erwarteten dritten Konsumwelle stehen werden. Stärker noch als ein Fahrzeug würden die Konsumenten Besitzer einer eigenen Wohnung werden wollen. Die Reform des Wohnungsmarktes sowie die Verbesserung des Lebensstandards haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich immer mehr Konsumenten den Traum von der eigenen Wohnung erfüllen könnten.

Nach Angaben des Bauministeriums wurden während des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) rd. 1,03 Mrd. m² Wohnfläche gebaut; damit erhöhte sich die Pro-Kopf-Wohnfläche auf 7,9 m². Im laufenden 9. Fünfjahresplan (1996-2000) soll die Gesamtwohnfläche um 1,2 Mrd. m² erweitert und die Pro-Kopf-Wohnfläche auf 12 bis 14 m² erhöht werden. Die jährlichen Investitionen werden auf rd. 4% des BIP geschätzt. Im letzten Jahr erhöhten sich die Investitionen für Wohnungseigentum bereits um 23% gegenüber 1994.

Wohnungsbau

Periode	Wohnfläche		
	gesamt Mrd. m ²	Pro-Kopf m ²	Investitionen Mrd. Y
1991-95	1,03	7,9	842
96-2000	1,2	12-14	4% des BIP

Quelle: Ministry of Construction, nach SCMP, 12.9.96

Das Bauministerium rechnet damit, daß sich die Wohnbedingungen für die rd. 4,14 Mio. Haushalte verbessern werden, die eine Pro-Kopf-Wohnfläche von nur 4 m² besitzen. Weiterhin würden 34,3 Mio. m² Wohnfläche, die sich in einem schlechten Sicherheitszustand befänden, abgerissen werden müssen.

Der Wohnungsbau bietet sich dem Ministerium zufolge als Motor für die binnenwirtschaftliche Entwicklung an, insbesondere würden die Stahlunternehmen und Glashersteller davon profitieren.

Obwohl eine riesige Nachfrage nach Wohnungseigentum besteht, zweifeln Experten, ob der Sektor das zukünftige Zugpferd der Wirtschaftsentwicklung werden kann, da der Immobilienmarkt noch so unterentwickelt sei. Zentral wäre die Frage, wie sich viele Konsumenten eine eigene Wohnung bei den relativ niedrigen Monatseinkommen leisten könnten; im Durchschnitt kostet eine Wohnung 18 Jahresgehälter, so daß Fragen der Finanzierung von besonderer Bedeutung seien. Als Finanzierungsmöglichkeit wird auch der Einsatz von Hypotheken diskutiert, die idealerweise eine Rückzahlungszeit von 10-20 Jahren hätten.

Trotz eines Überangebots an Wohneigentum weigern sich die Baugesellschaften derzeit noch aus Angst vor Verlusten, mit dem Preis nachzugeben. Das Ministerium hat bereits die Unternehmen aufgefordert, die Preise dadurch auf ein geringeres Niveau zu senken, daß alle 'unvernünftigen' Verwaltungsgebühren gestrichen würden. Zu diesen Gebühren zählten die Bauunternehmen beispielsweise Gebühren für die Nutzung von Infrastruktureinrichtungen wie Wasser- und Elektrizitätsleitungen.

Die Ersparnisse der städtischen Bevölkerung belaufen sich auf rd. 3,5 Billionen Yuan in diesem Jahr, und es wird mit einem weiteren jährlichen Zugang von durchschnittlich 30-40% gerechnet. (SCMP, 12.9.96; XNA, 17.9.96) -schü-

Taiwan

*(21)

Wieder "Aprilwetter" in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Vom 28. bis 30. August fand in Beijing ein Mammut-Symposium über die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Seiten der Taiwan-Straße statt, an dem über 500 Personen teilnahmen, davon rund die Hälfte aus Taiwan. Am Rande der Tagung wurden 42 hochkarätige Unternehmer, Wissenschaftler sowie Beamte Taiwans unter der Führung von Gao Qingyuan (Kao Chin-yen), Vorsitzender der "Chinese National Federation of Industries" (Industriekammer) in Taiwan, am 29. August vom Staatspräsidenten der VR China und Parteichef

der KPCh, Jiang Zemin, empfangen. Gao ist neben seiner Funktion im Industriesektor auch Mitglied des Ständigen Komitees des ZK der Regierungspartei KMT (Kuomintang) in Taiwan. In der mehr als halbstündigen Begegnung äußerte Jiang den Gästen aus Taiwan gegenüber, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße solle sich nicht durch politische Differenzen stören lassen. (LHB, 30.8.96; DGB, 31.8.96)

Wie berichtet (C.a., 1995/6, Ü 24, 1995/8, Ü 30, 1995/11, Ü 29 und 1996/3, Ü 29), hatte Beijing aus Protest gegen die USA-Reise von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) im Juni vergangenen Jahres, die in Taiwan als großer Erfolg zum Durchbruch der außenpolitischen Isolation, auf dem chinesischen Festland jedoch als ein weiterer Schritt Lis zur Spaltung der chinesischen Nation gewertet wurde, eine Serie von Kriegsmanövern samt Raketen-schießübungen in der Taiwan-Straße entfesselt. Zur Einschüchterung der Pro-Unabhängigkeitsstimmen bei Taiwans ersten direkten Präsidentschaftswahlen im März d.J. erreichten Beijings Drohgebärden während des Wahlkampfes ihren Höhepunkt. Erst nach den Wahlen flaute die militärische Krise in der Taiwan-Straße ab. (Siehe dazu C.a., 1996/4, Ü 24.)

Um die Beziehungen zu verbessern, hat Taiwan in den letzten Monaten die Einschränkungen beim Waren- und Kultur-austausch beider Seiten weiter gelockert und Beijing aufgefordert, die im Juli vergangenen Jahres unterbrochenen Verhandlungen zwischen den zwei halbamtlichen Institutionen SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Straits) von Beijing wiederaufzunehmen. Beijing seinerseits verlangt von Taiwan, zuerst seine Aktivitäten bei anderen Staaten für die Anerkennung zweier chinesischer Regierungen und eine Rückkehr in die UNO einzustellen.

Angesichts der Verzögerung der Wiederaufnahme der halbamtlichen Kontakte durch Beijing zog Li Denghui Mitte August die Wirtschaftsbremse an. In einer Rede vor der Nationalversammlung am 14. August kündigte er an, eine Obergrenze für die Investitionen taiwanesischer Unternehmen auf dem chinesischen Festland zu setzen und stellte in Frage, ob das chinesische Festland noch als Hinterland für das von Taiwan geplante Operationszentrum für Verkehr,